

Die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 steht am Ende des Übergangs zwischen den beiden Hauptphasen der deutschen Revolution von 1989/90: dem Sturz des SED-Regimes im Herbst 1989 und der deutschen Wiedervereinigung 1990. Bis Ende November 1989 war die deutsche Revolution eine ostdeutsche Angelegenheit. Als die Mauer fiel, standen jedoch die innerdeutschen Grenzen offen – und die deutsche Frage stand im Raum.

Über der Frage der deutschen Einheit zerbrach zugleich die kurze Einheit der Bürgerbewegung in der DDR, die noch im Oktober mit vereinten Kräften das SED-Regime zum Einsturz gebracht hatte. Während weite Teile der ostdeutschen Oppositionsbewegung nach Möglichkeiten für eine demokratisierte, eigenständige DDR suchten, forderte die demonstrierende Massenbewegung zunehmend: „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland einig Vaterland“.

Mit der nationalen Wende im November 1989 begann die Scharnierzeit der deutschen Revolution. Zugleich wechselten die maßgeblichen Handlungsebenen und Richtungen, Inhalte und Akteure. War die Bonner Regierung, war nicht zuletzt Helmut Kohl selbst zunächst eher der Agent der Massenbewegung in der DDR und ihres Willens zur Wiedervereinigung, so wurden der westdeutsche Kanzler und seine Regierung innerhalb weniger Wochen zur bestimmenden vereinigungspolitischen Kraft in Deutschland.

Dies nicht zuletzt deshalb, weil die DDR um die Jahreswende 1989/90 auf den inneren Kollaps zusteuerte. 344.000 Bürger hatten die DDR 1989 verlassen, und zu Beginn des neuen Jahres waren es täglich 2.000 – vor allem Jüngere, gut Ausgebildete und Leistungsfähige. Die Regierung Modrow bekam die Situation nicht mehr in den Griff.

Die SED hatte den neuen Ministerpräsidenten im November 1989 als ihre letzte reformpolitische Hoffnung aufgeboten. Aber seine Mission war hoffnungslos. Ende Januar musste er vor der Volkskammer einen Offenbarungseid leisten: Die ökonomische Lage verschlechterte sich „besorgniserregend“, und die Spannungen im Land könnten „mit den vorhandenen politischen Strukturen immer weniger beherrscht werden.“ Nicht nur die Regierung Modrow, die gesamte DDR befand sich im Zustand der Auflösung. „Es kracht schon im Februar“, schrieb der Spiegel: „die ostdeutsche Wirtschaft steht vor dem totalen Zusammenbruch“.

Ende Januar, Anfang Februar 1990 kam alles zusammen: am 26. Januar beschloss die sowjetische Führung in Moskau, die deutsche Wiedervereinigung zu akzeptieren. Der Kreml ließ Modrow und die DDR fallen. Wenige Tage später, am 5. Februar, traten acht Vertreter der Oppositionsbewegung in die kaum mehr handlungsfähige Ost-Berliner Regierung ein, die nun aus 13 Gruppen und Parteien bestand.

Klärung dieser verworrenen Lage konnten nur die ersten freien, demokratischen und geheimen Parlamentswahlen in der Geschichte der DDR bringen. Diese Wahlen vorzubereiten, war eine der Hauptaufgaben

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. ANDREAS RÖDDER

18. März 2010

www.kas.de

www.kas.de/6020

des Zentralen Runden Tisches, und sie waren zunächst für den 6. Mai 1990 angesetzt worden. Angesichts der dramatischen Entwicklung war dieser Termin jedoch nicht zu halten, und so wurde er am 28. Januar auf den 18. März vorverlegt.

Unterdessen ging die Bundesregierung zur „Politik der großen Schritte“ über. Am 6. Februar landete Kohl, nach dem Zehn Punkte-Programm vom 28. November 1989, seinen zweiten vereinigungspolitischen Coup. Ohne vorher die Bundesbank und das Bundeswirtschaftsministerium zu konsultieren, schlug der Kanzler vor, mit der DDR „unverzüglich in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreformen einzutreten.“

Die Bundesregierung hatte sich auf einen direkten, stufenlosen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft festgelegt. Damit griff sie unmittelbar auf die DDR zu, der das Angebot den geld- und währungspolitischen Souveränitätsverlust abforderte. Damit lag zugleich das Bonner Einheitskonzept fest: eine Wiedervereinigung durch möglichst uneingeschränkte Übertragung der bundesdeutschen Ordnung auf die DDR, mithin eine Einheit nach westlichem Modell und zu westlichen Bedingungen.

So wurden die Volkskammerwahlen vom 18. März zur Volksabstimmung über eine schnelle deutsche Wiedervereinigung. Und so wie die bundesdeutsche Seite in der Scharnierzeit zur bestimmenden Kraft innerhalb der deutschen Revolution geworden war, so prägten Bonner Politiker und westdeutsche Botschaften auch den Wahlkampf in der DDR.

Für die Ostdeutschen bedeutete dies den zweiten Wechsel von Kommunikationsformen innerhalb kürzester Zeit: nachdem die ganz eigenen Kommunikationsformen in der Diktatur im Herbst 1989 zugunsten einer offenen, suchenden Diskursivität im Zeichen des allseits beschworenen „Dialogs“ aufgebrochen waren – die Fülle von Briefen an die Bürgerrechtler aus dem Herbst zeugt von einem überragenden Bedürfnis, zu reden –, hielten nun westliche, werbende Sprachmuster Einzug: einfache Botschaften

und eindeutige „Weitersagesätze“: „Nie wieder Sozialismus – Ja! – Freiheit und Wohlstand“.

Wurden die Ostdeutschen manipuliert? Zweifellos brach die Wucht der westlichen Öffentlichkeit über die Ostdeutschen herein, die mit diesen Kommunikationsformen nicht vertraut waren. Zweifellos war diese Art von Öffentlichkeit hoch suggestiv. Aber sie übte keinen Zwang aus. Und am Schluss zeigte sich, dass der westlich bestimmte Tonfall die Mehrheitsstimmung in der DDR traf.

Und der Mehrheitswille war das Entscheidende: am 18. März 1990 manifestierte sich das Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen, die zentrale Forderung der friedlichen Revolution vom Herbst 1989: „Wir sind das Volk“. Wären die Ostdeutschen gegen die Wiedervereinigung gewesen, hätte es keine deutsche Einheit gegeben.

Die deutsche Einheit stand am 18. März zur Wahl. Sie stand aber an diesem Tag kaum mehr zur Debatte. Inzwischen waren nämlich die allermeisten Parteien für die Einheit – nichtsdestoweniger war das Ergebnis der Wahlen eine handfeste Sensation.

48% für die Allianz für Deutschland, eine komfortable absolute Mehrheit für die eine schwarz-gelbe Koalition in Ost-Berlin und eine Dreiviertelmehrheit für eine große Koalition einschließlich der SPD, der haushohen Favoritin, die abgeschlagen bei 21,9% landete. Dieses Wahlergebnis war das Mandat für eine schnelle deutsche Einheit durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik – bzw. staatsrechtlich korrekt formuliert: zum Geltungsbereich des Grundgesetzes –, auf innerdeutscher ebenso wie auf internationaler Ebene.

Seit Februar 1990 stand der Zug zur deutschen Einheit auf dem Gleis; mit der Volkskammerwahl wurde er unter Volldampf gesetzt. Zwei Monate nach den Wahlen, 36 Tage nach dem Amtsantritt der ersten frei gewählten Regierung der DDR, am 18. Mai, wurde der Erste Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geschlossen, die zum 1. Juli 1990 in Kraft trat. Am 31. August wurde der Einigungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. ANDREAS RÖDDER

18. März 2010

www.kas.de

www.kas.de/6020

vertrag unterzeichnet, acht Tage nachdem Volkskammer mit 294 gegen 62 Stimmen den Beitritt zur Bundesrepublik zum 3. Oktober beschlossen hatte. Als Gregor Gysi, der Vorsitzende der SED-Nachfolgepartei PDS, nach der Verkündung dieses Ergebnisses eine persönliche Erklärung abgab, die Volkskammer habe „soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen“, brach, wie das Protokoll ausweist, „jubelnder Beifall“ aus.

199 Tage nach der Volkskammerwahl war Deutschland vereinigt. Alles war ganz anders und viel schneller gekommen als gedacht. Zu schnell, überstürzt, sagten manche bald, als die ostdeutsche Wirtschaft noch viel tiefer abstürzte als erwartet und als sich immer neue, ungeahnte Schwierigkeiten auftaten.

Gab es eine Alternative zur schnellen Einheit? 1990 waren es im Grunde drei Modelle, die mehr oder weniger ausgefeilt vorgeschlagen wurden. Das eine war die Lösung der Ökonomen: Zutreffend prognostizierte der Sachverständigenrat die ökonomisch fatalen Auswirkungen einer schnellen Währungsunion. Stattdessen schlug er eine stufenweise vorherige Angleichung der ostdeutschen Wirtschaft an die westdeutsche vor – die freilich nur in langen Fristen, in einem geschlossenen Wirtschaftsraum und zugleich in einem Niedriglohngebiet möglich gewesen wäre. Diese *ceteris paribus*-Überlegung war ökonomisch vernünftig – und gesellschaftlich-politisch illusorisch: sie ließ völlig unberücksichtigt, dass die Ostdeutschen durch die Rechtslage des Grundgesetzes eine permanente Exit-Option besaßen, durch Übersiedlung nach Westen ebenso wie durch das Recht auf Beitritt.

An dieser verfassungsrechtlichen Lage brach sich auch Oskar Lafontaines Idee, Zuzugsmöglichkeiten für Übersiedler aus der DDR zu beschränken und eine deutsche Einheit in eine spätere europäische Lösung zu integrieren. Stattdessen schlug er vor, im Rahmen des für die westdeutschen Wähler Akzeptablen voraussetzungslose Finanzhilfen für die DDR zu leisten – dass dieser Rahmen nicht allzu weit gespannt gewesen wäre,

liegt dabei ebenso auf der Hand wie der Umstand, dass damit marode ökonomische Strukturen ohne Entwicklungsperspektive subventioniert worden wären.

Dies gilt auch für die Vorstellung Hans Modrows: die DDR mit Hilfe einiger ungebundener Milliarden aus dem Westen wieder flott zu machen, um sie wirtschaftlich handlungsfähig in die Einheit zu führen. Blickt man auf die ungeheuren Summen, die das marode Erbe der DDR schließlich verschlang, wird man auch in diesem Vorschlag keine tragfähige Option erkennen können.

Weder zeitgenössisch noch nachträglich ist eine Alternative plausibel gemacht worden, mit der zu geringeren Kosten und bei geringerer Arbeitslosigkeit alle drei Ziele hätten erreicht werden können, die sich 1990 stellten: die DDR in einen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat zu verwandeln, das wäre auch ohne schnelle Einheit möglich gewesen – nicht aber, zweitens, einen erheblichen Zuwachs an Wohlstand für die Ostdeutschen zu schaffen und drittens die Massenabwanderung aus der DDR zu stoppen und eine flächendeckende Wüstung zu vermeiden.

Die Wiedervereinigung war ein Unterfangen von einer Größenordnung, das, marxistisch gesprochen, nicht ohne Widersprüche vorstatten gehen konnte. Immer wieder blieb, wie es Lothar de Maizière einmal formulierte, „nur die Wahl zwischen zwei schlechten Lösungen.“ Bei allen Problemen im Einzelnen: die institutionellen Lösungen waren nicht das zentrale Problem, denn es gab keine wirkliche, tragfähige Alternative. Das eigentliche Problem waren die Erwartungen und die Haltungen – in Ost und West.

Fehleinschätzungen waren bei einem so gewaltigen Unterfangen wie der Wiedervereinigung gar nicht zu vermeiden. Und mehr noch: Politik wäre gar nicht möglich, wenn man immer schon das Ende absähe. Wer weiß, was aus der Einheit geworden wäre, hätte man ihre Kosten und Schwierigkeiten im Vorhinein gekannt.

Zugleich waren Fehlwahrnehmungen und Missverständnisse tief im Einigungsprozess angelegt, gerade im Umfeld der Volkskam-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. ANDREAS RÖDDER

18. März 2010

www.kas.de

www.kas.de/6020

merwahl. Ein Beispiel: Mitte Februar 1990 reiste die Ost-Berliner Regierung, einschließlich der neuen Minister aus der Opposition, zu Gesprächen nach Bonn. Der Runde Tisch hatte dem Ministerpräsidenten mit auf den Weg gegeben, von der Bundesregierung einen milliardenschweren „Solidarbeitrag“ zu fordern, so wie Modrow selbst bereits im Dezember einen „Lastenausgleich“ gefordert hatte. Kohl lehnte dies allein schon aus begrifflichen Gründen ab. Die Bundesregierung wollte aber auch keine funktionsunfähigen Strukturen subventionieren, und sie verlegte sich darauf, erst mit einer frei gewählten Regierung in der DDR zu verhandeln, der freilich schon vor ihrer Wahl die ohnehin schnell verrinnende Zeit davonlief.

Bonn ließ Modrow und seine Regierung am ausgestreckten Arm verhungern. „Das Klima ist frostig,“ bemerkte auch Helmut Kohl, „die Delegation aus Ost-Berlin fühlt sich gedemütigt.“

Bei der Nachlese am Runden Tisch in Ost-Berlin herrschte Verbitterung. Dafür „schimmerte eine neue DDR-Identität auf, eine jetzt gegen die Bundesrepublik gerichtete Solidargemeinschaft“, so notierte der westdeutsche Politikwissenschaftler Uwe Thaysen, der die gesamten Beratungen des Runden Tisches als Augenzeuge verfolgte und dokumentierte. Und weiter: eine Mischung aus „Selbstwertbehauptung und Wagenburgmentalität“ mache sich breit – und floss schließlich, lange nachwirkend, in das vereinte Deutschland ein.

Im Volkskammerwahlkampf schließlich trafen sich Erwartungen und Verheißungen aus Ost und West. Einheit, schneller Wohlstand und ein Umtauschkurs von eins zu eins setzten sich im öffentlichen Diskurs fest.

Die Bundesrepublik vollzog die Wiedervereinigung im Vollgefühl des Booms der späten achtziger Jahre, mit dem vollen Selbstbewusstsein der „Erfolgsgeschichte“ vom „Modell Deutschland“. Die westdeutsche Erwartung war, dass die Übertragung der bundesdeutschen Ordnung auf die DDR in den neuen Ländern automatisch ein neues Wirtschaftswunder in Gang setzen und die be-

nachteiligten Ostdeutschen in zufriedene Bundesbürger verwandeln werde.

Diese Erwartung erwies sich jedoch als zweifache Fehleinschätzung. Erstens nämlich zeigte die ökonomische Entwicklung, wie sehr das „Wirtschaftswunder“ als Gründungslegende der Bundesrepublik überschätzt wurde, während die Dimension der Probleme und der Aufgaben der Wiedervereinigung erheblich unterschätzt wurde. Zweitens war es, ironischerweise, eine im Grunde marxistische Einschätzung: dass nämlich materielle Bedingungen unmittelbare bewusstseinsmäßige Folgen zeitigen würden, dass materieller Wohlstand in den neuen Ländern zufriedene Bundesdeutsche schaffen werde. Dass kulturelle Prägungen hingegen ihr Eigengewicht haben, dass die DDR die Ostdeutschen, wie Lothar de Maizière am Vorabend der Wiedervereinigung formulierte, nie los lassen werde, das blieb in diesem westdeutschen Kalkül unberücksichtigt und unverstanden.

Trotz des enormen Wohlstandsschubs, der für die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Ländern sehr wohl eintrat, richteten sich viele Ostdeutsche nach 1990 in einer unzufriedenen Abgrenzungsmentalität als gefühlte Bürger zweiter Klasse ein, und wenn wir den Umfragedaten glauben, haben sich diese Differenzen strukturell eher verfestigt. Zu hohe Erwartungen an den westdeutschen Staat wurden von zu tiefen Enttäuschungen abgelöst. Dabei hatten die gleichheitsorientierten Traditionen des rundumversorgenden Fürsorgestaates das Ableben der DDR überlebt. Zugespitzt gesagt: Die Ostdeutschen legten die Macht, die sie dem SED-Staat entrissen hatten, in die Hände des westdeutschen Sozialstaats.

Dieser forderte aber auch auf westlicher Seite seinen Tribut: Wenn der Bundeskanzler versprach, niemand im Westen werde „wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen“, und wenn Kohl es nicht wagte, vor den Bundestagswahlen an eine national-solidarische Verzichtsbereitschaft für die deutsche Einheit zu appellieren, dann reflektierte dies den bestandswahrenden Konsens im „Modell

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. ANDREAS RÖDDER

18. März 2010

www.kas.de

www.kas.de/6020

Deutschland“: unumgängliche Zumutungen zugunsten kurzfristiger Bedürfnisbefriedigung zu vermeiden. Dass dies von der Realität dann doch eingeholt zu werden pflegt, ist eine andere Frage, freilich von bedrückender Aktualität.

Das Problem der Wiedervereinigung waren nicht die Fehleinschätzungen. Fehleinschätzungen waren bei einem Ereignis dieser Dimension überhaupt nicht zu vermeiden. Das Problem war, dass sich die Deutschen nach 1990 in ihren Fehlwahrnehmungen eingerichtet haben, in Ost und West.

Wenn nun zwanzig Jahre nach den Ereignissen die Erinnerung zurückkehrt, dann wäre es allerdings ein Gewinn für das ganze Land,

wenn die Ostdeutschen sich wieder klar machen, warum sie 1989/90 das SED-Regime gestürzt und die DDR abgewählt haben,

wenn die Deutschen in Ost und West sich bewusst werden, welches nationale Aufbauwerk sie seit 1990 vollbracht haben, und

wenn die Westdeutschen sich klarer machen, welch fundamentalem Umbruch die Ostdeutschen ausgesetzt waren, und wenn sie aufhören zu nörgeln, dass die Autobahnen in den neuen Ländern besser in Schuss sind als die im Westen – das ist nämlich auch richtig so.

Die deutsche Revolution von 1989/90 war in erster Linie die Revolution der Bürger: für Freiheit und Selbstverantwortung anstelle von obrigkeitlichem Zwang und staatlicher Lenkung der Gesellschaft. Was sich am 18. März 1990 in den freien Volkskammerwahlen vollendete, war ein großer Moment der deutschen Geschichte. Und es bleibt ein Vermächtnis für die Gegenwart.